9. Mai 1989

Geschäftsordnung für den Grossen Rat (GO) *[Titel Fassung vom 31. 8. 1998]*

Der Grosse Rat des Kantons Bern,
in Ausführung von Artikel 70 des Gesetzes über den Grossen Rat vom 8. November 1988 *[BSG 151.21]*
(Grossratsgesetz; GRG),
auf Antrag der Kommission Parlamentsreform, *[Ingress Fassung vom 2. 9. 1996]*
erlässt folgende Geschäftsordnung:

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Konstituierung

Art. 1

Konstituierende Sitzung

- ¹ Nach einer ordentlichen Gesamterneuerung versammelt sich der Grosse Rat auf Einladung des Regierungsrates am ersten Montag des Monats Juni zur konstituierenden Sitzung.
- ² Nach einer ausserordentlichen Gesamterneuerung versammelt sich der Grosse Rat auf Einladung des Regierungsrates spätestens sechs Wochen nach der Wahl zur konstituierenden Sitzung.

Art. 2

Leitung

- ¹ Das älteste anwesende Ratsmitglied eröffnet die konstituierende Sitzung.
- ² Es bezeichnet die provisorischen Stimmzählerinnen bzw. Stimmzähler und besorgt bis zur Vereidigung der neugewählten Ratspräsidentin oder des neugewählten Ratspräsidenten die mit der Konstituierung zusammenhängenden Präsidialaufgaben.

Art. 3

Wahlprüfung

- ¹ Der Grosse Rat erwahrt das Ergebnis der Gesamterneuerung.
- ² Wer von einer Wahlbeschwerde betroffen ist, tritt bei deren Behandlung und Beschlussfassung in der Kommission und im Grossen Rat in den Ausstand.

Art. 4

Bestellung der Ratsorgane

Der Grosse Rat bestellt seine Organe.

2. Vereidigung

Art. 5

- ¹ Das älteste anwesende Ratsmitglied vereidigt die gewählte Ratspräsidentin oder den gewählten Ratspräsidenten.
- ² Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident vereidigt die Ratsmitglieder, die Mitglieder des Regierungsrates und die übrigen vom Grossen Rat zu vereidigenden Personen.

3. Ratsmitglieder

Art. 6

Offenlegung der Interessenbindungen

Jedes Ratsmitglied unterrichtet die Staatskanzlei bei Eintritt und bei Änderungen über: *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

- a seine berufliche Tätigkeit,
- b die Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien in- und ausländischer Unternehmen, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechts,
- c dauernde Leitungs- und Beratungsfunktionen für in- und ausländische Interessengruppen,
- d die Mitwirkung in Kommissionen und anderen Organen der Eidgenossenschaft, des Kantons und der bernischen Gemeinden,
- e die Ausübung wichtiger politischer Ämter.

Art. 7

Einhaltung

- ¹ Das Büro wacht über die Einhaltung der Offenlegungspflichten und entscheidet im Streitfall endgültig.
- ² Es kann Ratsmitglieder dazu auffordern, sich im Register der Interessenbindungen eintragen zu lassen.
- ³ Die Staatskanzlei erstellt das Register über die Interessenbindungen aufgrund der Angaben der Ratsmitglieder und der Weisungen des Büros. Dieses Register ist öffentlich und wird im Amtsblatt publiziert.

Art. 8

Teilnahmepflicht der Ratsmitglieder

- ¹ Die Ratsmitglieder nehmen an den Sitzungen des Grossen Rates und der Ratsorgane, denen sie angehören, teil.
- ² Bei Verhinderung entschuldigen sie sich rechtzeitig beim zuständigen Präsidium.
- ³ Die Ratsmitglieder tragen sich persönlich in die durch das Büro oder die Kommissionssekretariate geführte Präsenzliste ein.

4. Beiträge *[Titel Fassung vom 9. 2. 2004]*

Art. 9

Fraktionssekretariate *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

- ¹ Die Fraktionen können Sekretariate einrichten und erhalten dafür einen Kostenbeitrag.
- ² Der jährliche Kostenbeitrag an die Fraktionen setzt sich zusammen aus: *[Absatz 2 Fassung vom 9. 2. 2004]*
 - a einem Grundbeitrag entsprechend der Fraktionsstärke wie folgt:

<i>bis</i> 16 Mitglieder	12 000 Franken,
<i>ab</i> 17 Mitgliedern	24 000 Franken;
 - b einem Zusatzbeitrag von 3 500 Franken pro Mitglied.

Art. 10 *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

Deputation

Die Deputation erhält zur Deckung ihrer Kosten einen jährlichen Pauschalbeitrag von 7500 Franken.

4a. Besondere Rechnung des Grossen Rates *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Art. 10a *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Besondere Rechnung für den Grossen Rat

Der Grosse Rat führt eine Besondere Rechnung gemäss Artikel 36 des Gesetzes vom 26. März 2002 über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG) *[BSG 620.0]*. Sie besteht aus einer Finanzbuchhaltung im Sinne von Artikel 8 bis 17 FLG und aus einer Anlagenbuchhaltung gemäss Artikel 26 FLG.

Art. 10b *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Voranschlag

In der Besonderen Rechnung werden im Voranschlag und in der Jahresrechnung die dreistelligen

Kontengruppen ausgewiesen und vom Grossen Rat beschlossen.

Art. 10c *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Nachkredite

¹ Übersteigt der Aufwand einer dreistelligen Kontengruppe voraussichtlich den im Voranschlag bewilligten Betrag, ist beim Grossen Rat ein Nachkredit einzuholen.

² Im Weiteren gilt sinngemäss die Gesetzgebung über die Steuerung von Finanzen und Leistungen.

Art. 10d *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Kreditüberschreitung

¹ Der Regierungsrat kann die Überschreitung von Voranschlagskrediten des Grossen Rates bis zu einem Betrag von unter 10 000 Franken oder bis zu zehn Prozent der jeweiligen Kreditsumme bewilligen, falls die Kreditüberschreitung

a bei einmaligen Ausgaben eine Million Franken nicht übersteigt,

b bei wiederkehrenden Ausgaben 200 000 Franken nicht übersteigt.

² Bei fehlenden Voranschlagskrediten ist die Kreditüberschreitung höchstens im Umfang von zehn Prozent der Maximalbeträge gemäss Absatz 1 Buchstaben *a* und *b* zulässig.

³ Artikel 59 Absatz 2 FLG gilt sinngemäss.

Art. 10e *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Kreditübertragung

¹ Nicht beanspruchte Voranschlagskredite des Grossen Rates können durch den Regierungsrat mittels Kreditübertragung einmalig auf das nächste Rechnungsjahr übertragen werden, wenn

a eine projektbedingte Verzögerung vorliegt und

b höchstens ein Drittel der gesamten Projektkosten übertragen werden.

² Artikel 56 Absatz 4 FLG gilt sinngemäss.

Art. 10f *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Anlagenbuchhaltung

Der Grosse Rat führt eine Anlagenbuchhaltung im Sinne von Artikel 26 FLG.

5. Entschädigung

Art. 11

Allgemeiner Ratskredit

¹ Der Grosse Rat setzt auf Antrag der Staatskanzlei im Voranschlag die Höhe des allgemeinen Ratskredites fest.

² Für die Ausgabenbewilligung ist die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident zuständig. Bei Ausgaben von erheblicher Bedeutung wird vorgängig die Präsidentenkonferenz angehört.

³ Bevor eine Kommission Sachverständige bezieht, holt sie bei der Ratspräsidentin oder beim Ratspräsidenten die Ausgabenbewilligung ein. Die Erteilung von Gutachtensaufträgen wird vom Ratssekretariat koordiniert.

Art. 11a *[Eingefügt am 13. 6. 2005]*

Jahrespauschale

Die Jahrespauschale der Ratsmitglieder beträgt 2000 Franken.

Art. 12

Sitzungsgeld

¹ Die Ratsmitglieder beziehen für die Teilnahme an den Sitzungen des Grossen Rates, der parlamentarischen Organe, der Ausschüsse, der Delegationen für Aussenbeziehungen und der Fraktionen ein Sitzungsgeld von 170 Franken für einfache, 270 Franken für Doppel- und 370 Franken für

Dreifachsitzungen. *[Fassung vom 13. 6. 2005]*

² Bei Abordnungen durch den Grossen Rat beziehen Ratsmitglieder nach den gleichen Grundsätzen ein Sitzungsgeld.

³ Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören, beziehen eine Jahrespauschale von 3400 Franken *[Fassung vom 13. 6. 2005]* für ihre Vorbereitungsarbeiten. *[Fassung vom 4. 9. 2000]*

Art. 13

Reise- und Übernachtungsentschädigung

¹ Die Reiseentschädigung der Ratsmitglieder beträgt 60 Rappen pro Kilometer. Im Betrag enthalten sind Reise- und Übernachtungsspesen.

² Die Mitglieder des Präsidiums erhalten die Reiseentschädigung ebenfalls für die Vertretung des Grossen Rates an Veranstaltungen, zu denen sie aufgrund ihrer Funktion eingeladen wurden.

Art. 14

Zulagen

Neben dem Sitzungsgeld und der Reiseentschädigung beziehen eine besondere Zulage in folgendem Umfang:

- a die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident 10 000 Franken im Jahr;
- b die erste Vizepräsidentin oder der erste Vizepräsident 2000, die zweite Vizepräsidentin oder der zweite Vizepräsident 1000 Franken im Jahr; *[Fassung vom 2. 9. 2002]*
- c die zweite Vizepräsidentin oder der zweite Vizepräsident sowie die übrigen Mitglieder des Büros und die Fraktionspräsidentinnen oder Fraktionspräsidenten 20 Franken *[Fassung vom 15. 3. 1994]* pro Sitzungstag;
- d die Präsidentinnen oder die Präsidenten der ständigen Kommissionen 5000 Franken im Jahr; *[Fassung vom 13. 6. 2005]*
- e die Mitglieder der Steuerungskommission 5000 Franken, der Oberaufsichtskommission 4500 Franken, der Justizkommission 3000 Franken, die Präsidentinnen und die Präsidenten der Fraktionen 3000 Franken sowie die Mitglieder des Büros 1500 Franken im Jahr; *[Fassung vom 13. 6. 2005]*
- f die Präsidentinnen und Präsidenten des Grossen Rates, der Kommissionen und der Deputation, die erste Vizepräsidentin oder der erste Vizepräsident des Grossen Rates sowie die Leiterinnen und Leiter der Ausschüsse das doppelte Sitzungsgeld; dasselbe gilt für ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter, sofern sie die Sitzung tatsächlich zu leiten hatten; *[Fassung vom 13. 6. 2005]*
- g die Mitglieder ständiger Kommissionen 120 Franken pro Geschäft, soweit sie auf Beschluss der Kommission aufwendige Sonderabklärungen vornehmen müssen. *[Entspricht dem bisherigen Buchstaben f]*

Art. 15

Besondere Entschädigungen; Auszahlung

¹ Die Präsidentenkonferenz kann für besondere Fälle zusätzliche Entschädigungen ausrichten.

² Im Einverständnis mit der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten können bei mehrtägigen Kommissionssitzungen, die ausserhalb von Bern stattfinden, besondere Entschädigungen vereinbart werden.

³ Die Entschädigungen werden mindestens einmal im Quartal bargeldlos angewiesen.

6. Sessionen und Sitzungen

Art. 16

Sessionen

¹ ... *[Aufgehoben am 15. 3. 1994]*

² Nach einer Gesamterneuerungswahl finden bis zur Konstituierung des Grossen Rates keine Sessionen mehr statt.

³ Findet eine ausserordentliche Session statt, entscheidet die Präsidentenkonferenz über Zeitpunkt und voraussichtliche Dauer der Session.

Art. 17 [Fassung vom 15. 3. 1994]

Sessionsplan, Anzahl Sessionen [Fassung vom 31. 8. 1998]

¹ Der Sessionsplan bestimmt Zeitpunkt und Dauer der einzelnen Sessionen.

² Es werden jährlich höchstens fünf Sessionen eingeplant. [Eingefügt am 31. 8. 1998]

Art. 18

Sitzungsort, Einladung

¹ Der Grosse Rat tagt in der Regel in Bern.

² Die Einladung wird mit einem vollständigen Verzeichnis der Ratsgeschäfte (Sessionsprogramm), die zu diesem Zeitpunkt bekannt sind, und allen Verhandlungsunterlagen spätestens 10 Tage vor Sessionsbeginn an die Ratsmitglieder versandt.

Art. 19

Sitzungsbeginn und Sitzungsdauer

¹ Die Sessionen des Grossen Rates dauern in der Regel zwei Wochen, jeweils von Montag bis Donnerstag. [Fassung vom 20. 11. 2000]

² Fraktionssitzungen zur Vorbereitung der Sessionsgeschäfte dauern in der Regel drei Tage. Der Montagmorgen beider Sessionswochen und der Dienstagnachmittag der ersten Sessionswoche werden für diese Sitzungen reserviert. [Fassung vom 20. 11. 2000]

³ Die Sitzungen dauern in der Regel [Fassung vom 15. 3. 1994]

– Vormittag	von 09.00 bis 11.45 Uhr
– Nachmittag	von 13.30 bis 16.30 Uhr
– Donnerstagnachmittag	von 13.30 bis 16.00 Uhr

⁴ Die Präsidentenkonferenz bestimmt die massgebenden Sitzungszeiten. Je nach Geschäftslast können Nachmittagssitzungen verlängert oder Abendsitzungen durchgeführt werden.

Art. 20

Sitzungsschluss

Der Grosse Rat beschliesst, wann er die Verhandlungen vertagt oder seine Sitzungen aufhebt.

7. Öffentlichkeit

Art. 21

Zutritt zum Ratssaal

¹ Während der Sitzungen des Grossen Rates haben zum Ratssaal Zutritt:

- a Mitglieder des Grossen Rates und des Regierungsrates;
- b Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei und des Ratssekretariates, soweit es ihre Funktion erfordert;
- c Personen, die ein Mitglied des Regierungsrates begleiten;
- d Medienschaffende, die Bild- und Tonaufnahmen oder Bild- und Tonübertragungen machen und einen Medienausweis der Staatskanzlei tragen. [Fassung vom 15. 3. 1994]

² Dem Publikum steht die Galerie des Ratssaals, den Medienschaffenden eine Pressetribüne sowie ein Büro zur Verfügung.

Art. 22

Publikum

¹ Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident mahnt das Publikum nötigenfalls zur Ruhe und sorgt für die Disziplin. Wer die Verhandlungen andauernd stört, wird weggewiesen.

² Bei fortgesetzten Störungen und Kundgebungen wird die Sitzung unterbrochen und die Galerie geräumt.

Art. 23

Medienschaffende

¹ Die bei der Staatskanzlei akkreditierten Medienschaffenden haben Zugang zum Ratssaal, zur Pressetribüne und zu ihrem Büro.

² Die Tätigkeit der Medienschaffenden darf den Ratsbetrieb nicht beeinträchtigen.

Art. 24

Arbeitsbedingungen der Medienschaffenden

¹ Die akkreditierten Medienschaffenden erhalten die Verhandlungsunterlagen. Unterlagen zu Einbürgerungen und Straferlassen werden nicht zugestellt. In Zweifelsfällen entscheidet die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident.

² Sind von den Sitzungen Bildaufnahmen oder -übertragungen beabsichtigt, nehmen die zuständigen Medienschaffenden vorgängig mit der Staatskanzlei und der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten Rücksprache. Bei Tonaufnahmen oder -übertragungen ist eine Rücksprache nicht erforderlich. *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

³ Das Büro kann Medienschaffenden, nachdem es sie angehört hat, die eingeräumten Vergünstigungen entziehen, falls sie das ihnen gewährte Hausrecht in schwerwiegender Weise missbraucht haben.

II. Organisation

1. Ratspräsidentin oder Ratspräsident

Art. 25

Präsidium

¹ Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident leitet die Verhandlungen des Grossen Rates.

² Im Verhinderungsfall übernimmt eine Vizepräsidentin oder ein Vizepräsident die Leitung der Verhandlungen. Sind alle drei Mitglieder des Präsidiums verhindert, übernimmt das älteste anwesende Ratsmitglied die Leitung.

³ ... *[Aufgehoben am 9. 2. 2004]*

Art. 26 *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

Zuständigkeit

In die Zuständigkeit der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten fallen:

- a* die Vereidigungen;
- b* die Einberufung zur Session;
- c* die Leitung der Verhandlungen gemäss der Tagesordnung;
- d* in dringenden Fällen die Zuweisung von Geschäften an das Büro oder an eine Kommission;
- e* die Unterzeichnung der vom Grossen Rat ausgehenden Beschlüsse und Erlasse;
- f* die Beanspruchung des Ratskredites;
- g* der Antrag zur Änderung des Sessionsprogramms;
- h* der Antrag zur Änderung der Beratungsweise und der Redezeit; *[Fassung vom 9. 2. 2004]*
- i* der Antrag zur Änderung der Sitzungszeiten;
- k* in dringenden Fällen die Koordination des Geschäftsverkehrs zwischen Grosse Rat und Regierungsrat;
- l* die Handhabung der Disziplin und der Ordnung im Ratssaal;
- m* die Aufsicht über die Einhaltung der Geschäftsordnung;
- n* die Vertretung des Grossen Rates nach aussen.

2. Büro

Art. 27

Zusammensetzung

¹ Das Büro des Grossen Rates setzt sich zusammen aus:

- a den drei Mitgliedern des Präsidiums,
- b den fünf Stimmenzählerinnen oder Stimmenzählern, *[Fassung vom 9. 2. 2004]*
- c der Präsidentin oder dem Präsidenten der Deputation. *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

² Der Grosse Rat kann stellvertretende oder ausserordentliche Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler bezeichnen.

³ ... *[Aufgehoben am 9. 2. 2004]*

Art. 28

Amtsdauer; Organisation

¹ Das Büro wird in der konstituierenden Sitzung und dann jeweils in der letzten Sitzung im Monat Mai für ein Jahr bestellt. Seine Amtsdauer beginnt am 1. Juni.

² Es versammelt sich auf Einladung und unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Präsidiums, so oft es die Geschäfte erfordern.

³ Bei Stimmgleichheit steht dem vorsitzenden Mitglied der Stichentscheid zu.

Art. 29

Zuständigkeit

Das Büro ist zuständig für:

- a die Führung der Präsenzliste und -kontrolle;
- b die Offenlegung der Interessenbindungen;
- c die Ermittlung der Ergebnisse bei Wahlen und Abstimmungen im Grossen Rat;
- d die Ernennung der Mitglieder und der Präsidien von besonderen Kommissionen und von Abordnungen des Grossen Rates;
- e die Ernennung der Mitglieder und des Präsidiums von Delegationen für Aussenbeziehungen und das Festlegen der Zahl ihrer Mitglieder; *[Fassung vom 9. 2. 2004]*
- f die Wahl der Mitglieder der Redaktionskommission; *[Die Buchstaben f bis m entsprechen den bisherigen Buchstaben e bis l]*
- g die formelle Prüfung der parlamentarischen Initiativen und Vorstösse sowie ihre allfällige Überweisung an ein Ratsorgan; *[Die Buchstaben f bis m entsprechen den bisherigen Buchstaben e bis l]*
- h den Entscheid über die dringliche Behandlung eines parlamentarischen Vorstosses nach Anhören des Regierungsrates; *[Die Buchstaben f bis m entsprechen den bisherigen Buchstaben e bis l]*
- i den Entscheid über Informationsbegehren der Ratsmitglieder nach Anhören des Regierungsrates (Art. 32 Abs. 4 GRG *[BSG 151.21]*); *[Die Buchstaben f bis m entsprechen den bisherigen Buchstaben e bis l]*
- k die abschliessende Beratung und Verabschiedung der Abstimmungserläuterungen des Grossen Rates in öffentlicher Sitzung *[Fassung vom 2. 9. 1996]*; *[Die Buchstaben f bis m entsprechen den bisherigen Buchstaben e bis l]*
- l die Regelung der Tätigkeit der Medien; *[Die Buchstaben f bis m entsprechen den bisherigen Buchstaben e bis l]*
- m weitere Geschäfte, die ihm der Grosse Rat zuweist oder für die kein anderes Ratsorgan ausdrücklich zuständig ist. *[Die Buchstaben f bis m entsprechen den bisherigen Buchstaben e bis l]*

3. Präsidentenkonferenz

Art. 30

Zusammensetzung

¹ Die Präsidentenkonferenz setzt sich zusammen aus dem Präsidium und den Präsidentinnen oder Präsidenten:

- a der Fraktionen,
- b der ständigen Kommissionen, *[Fassung vom 9. 2. 2004]*
- c der Deputation. *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

² Die Präsidentinnen oder Präsidenten können sich an der Präsidentenkonferenz durch ein anderes Ratsmitglied vertreten lassen.

³ ... *[Aufgehoben am 9. 2. 2004]*

Art. 31

Organisation

¹ Die Präsidentenkonferenz wird von einem Mitglied des Präsidiums geleitet. *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

² Bei Stimmgleichheit steht dem vorsitzenden Mitglied der Stichentscheid zu.

³ Das Präsidium orientiert den Grossen Rat über die Anträge und Beschlüsse der Präsidentenkonferenz.

Art. 32

Zuständigkeit

Die Präsidentenkonferenz ist zuständig für:

- a die Koordination des Geschäftsverkehrs zwischen Grosse Rat und Regierungsrat;
- b den Antrag zum Sessionsplan;
- c die Festsetzung von Zeitpunkt und Dauer von ausserordentlichen Sessionen;
- d den Antrag zum Sessionsprogramm;
- e den Antrag zur Änderung der Beratungsweise und der Redezeit; *[Fassung vom 9. 2. 2004]*
- f die Festsetzung der Sitzungszeiten;
- g die Einsetzung und die Grösse besonderer Kommissionen;
- h die Zuweisung von Geschäften und Berichten des Regierungsrates an Kommissionen;
- i ... *[Aufgehoben am 2. 9. 1996];*
- k den Entscheid über Berichtigungsanträge zum Tagblatt des Grossen Rates;
- l die Verlängerung der Behandlungsfristen bei parlamentarischen Vorstössen;
- m die Ausrichtung zusätzlicher Entschädigungen;
- n die Durchführung besonderer Anlässe des Grossen Rates;
- o weitere Geschäfte, die ihr der Grosse Rat zuweist.

4. Deputation *[Titel Fassung vom 15. 3. 1994]*

Art. 33 *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

Zusammensetzung

Die Ratsmitglieder des Berner Jura und die französischsprachigen Ratsmitglieder des Wahlkreises Biel-Seeland bilden eine Deputation.

Art. 34 *[Fassung vom 2. 9. 1996]*

Mitwirkungsrecht

¹ Um vom Mitwirkungsrecht im Sinne von Artikel 16d Absatz 3 GRG *[BSG 151.21]* Gebrauch zu machen, müssen mindestens drei Mitglieder der Deputation vor der Abstimmung eine gesonderte Auszählung der Stimmen verlangen. Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident stellt die Beschlussfähigkeit der Deputation fest. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

² Stimmt der Beschluss des Grossen Rates mit jenem der Deputation nicht überein, wird das Geschäft an den Regierungsrat zurückgewiesen.

³ Nach Anhören der Deputation kann der Regierungsrat dem Grossen Rat eine andere Lösung unterbreiten.

⁴ Das Geschäft wird im Grossen Rat zur erneuten Behandlung traktandiert. Absatz 1 ist nicht anwendbar.

5. Kommissionen

5.1 Allgemeine Bestimmung

Art. 35

Mitgliedschaft

¹ Ein Ratsmitglied gehört nur einer ständigen Kommission an.

² Ein Ratsmitglied gehört einer ständigen Kommission nicht länger als acht Jahre *[Fassung vom 15. 3. 1994]* ununterbrochen an.

³ ... *[Aufgehoben am 15. 3. 1994]*

Art. 36

Rücktritt

¹ Ein Kommissionsmitglied kann zurücktreten und sich ersetzen lassen. Es orientiert die Staatskanzlei und das zuständige Kommissionssekretariat.

² Das Ersatzmitglied wird auf Vorschlag der betroffenen Fraktion bestimmt.

Art. 37 *[Fassung vom 2. 9. 1996]*

Beratungen *[Fassung vom 2. 9. 1996]*

¹ Die Kommissionen versammeln sich nach ihrer Einsetzung oder Neubestellung, um auf Vorschlag ihrer Präsidentinnen oder Präsidenten die Durchführung der Sitzungen zu bestimmen.

² Sie ordnen den Gang ihrer Beratungen selber. Verzichtet eine Kommission auf eine eigene Ordnung, entspricht das Beratungsverfahren sinngemäss demjenigen im Grossen Rat. Auf eine Redebeschränkung wird verzichtet.

Art. 37a *[Eingefügt am 2. 9. 1996]*

Ausstand

¹ Die Ausstandsbestimmungen für den Grossen Rat haben auch für die Kommissionen Geltung.

² In streitigen Fällen entscheidet die Kommission.

Art. 38

Abstimmungen

¹ Das Abstimmungsverfahren entspricht sinngemäss dem Verfahren im Grossen Rat. Um beschlussfähig zu sein, ist die Anwesenheit der Mehrheit der Kommissionsmitglieder erforderlich.

² Die Präsidentin oder der Präsident der Kommission stimmt mit und gibt bei Stimmgleichheit den Stichentscheid.

Art. 39

Berichterstattung

¹ Die Präsidentinnen oder Präsidenten der Kommissionen erstatten im Ratsplenum Bericht über die Beratungen, die Anträge und die Minderheitsanträge. Die Kommissionen können ein anderes Kommissionsmitglied mit der Berichterstattung beauftragen. Die Kommissionsminderheit kann eine Sprecherin oder einen Sprecher für ihren Antrag bestimmen, wenn der Antrag der Kommission vorgelegen ist und in der Abstimmung mindestens einen Drittel der Mitglieder auf sich vereinigt hat. Sie teilt dies der Kommission unverzüglich mit. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

² Die Kommissionen können die mündliche Berichterstattung durch einen schriftlichen Bericht ergänzen und über unbestrittene und einfache Geschäfte nur einen schriftlichen Bericht abgeben.

³ Die ständigen Kommissionen erstatten dem Grossen Rat jährlich mindestens einmal Bericht über ihre Tätigkeit. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

⁴ Schriftliche Berichte sind den Ratsmitgliedern spätestens 10 Tage vor Sessionsbeginn zuzustellen. *[Entspricht dem bisherigen Absatz 3]*

Art. 40

Administrative Arbeiten

¹ Die Kommissionen können für die Sekretariatsarbeiten, die Protokollführung, die Übersetzung und die Simultanübersetzung vom Ratssekretariat, der Staatskanzlei und den Direktionen Hilfskräfte beziehen.

² Nach den Sitzungen übermitteln die Kommissionen der Staatskanzlei umgehend ihre Anträge zur Vervielfältigung. Die Anträge werden den Ratsmitgliedern spätestens 10 Tage vor Sessionsbeginn zugestellt.

Art. 41

Information

¹ Die Vorsitzenden der Kommissionen oder von den Kommissionen beauftragte Mitglieder unterrichten die Öffentlichkeit schriftlich oder mündlich über die Ergebnisse der Kommissionsberatungen von allgemeinem Interesse. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

² Die Bekanntgabe kann auch die Kommissionsbeschlüsse mit dem Stimmenverhältnis, die wesentlichen Anträge sowie die in den Beratungen vertretenen hauptsächlichen Ansichten umfassen. Die Stellungnahme und Stimmabgabe einzelner Kommissionsmitglieder bleiben vertraulich.

³ ... *[Aufgehoben am 9. 2. 2004]*

Art. 42

Protokollführung

¹ Die Kommissionsprotokolle sind ohne Verzug zu erstellen. Die Protokolle besonderer Kommissionen geben die Verhandlungen in der jeweils gesprochenen Sprache vollständig, aber knapp zusammengefasst wieder. *[Fassung vom 2. 9. 1996]*

² Von den Kommissionsberatungen eines Erlasses sind Tonaufnahmen zu machen. Die Tonaufnahmen werden gelöscht, sobald der Erlass in Kraft getreten ist. *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

³ In besonderen Fällen kann die Kommission ein erweitertes Beschlussprotokoll *[Fassung vom 9. 2. 2004]* oder ein Wortlautprotokoll erstellen lassen. *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

⁴ Die ständigen Kommissionen lassen ein Protokoll gemäss Absatz 1 oder ein erweitertes Beschlussprotokoll *[Fassung vom 9. 2. 2004]* erstellen. Das erweiterte Beschlussprotokoll *[Fassung vom 9. 2. 2004]* führt mindestens die Namen der An- und Abwesenden, die Anträge, eine Zusammenfassung der Beratungen und die Beschlüsse auf. *[Fassung vom 2. 9. 1996]*

⁵ Die Kommission genehmigt das Protokoll stillschweigend oder ausdrücklich. *[Entspricht dem bisherigen Absatz 4]*

Art. 43

Verwendung der Protokolle und Unterlagen

¹ Kommissionsprotokolle gehen an die Kommissionsmitglieder, die beteiligte Direktion und das Ratssekretariat. Aussenstehende Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer *[Fassung vom 9. 2. 2004]* erhalten auf Wunsch einen Protokollauszug.

² Die Protokolle der Verhandlungen über rechtsetzende Erlasse stehen allen Ratsmitgliedern zur Einsicht offen. Sie stehen nach Inkrafttreten des Erlasses für wissenschaftliche Untersuchungen und für die Rechtsanwendung zur Verfügung.

³ Die übrigen Protokolle können auf Beschluss der Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten *[Fassung vom 2. 9. 1996]* oder an deren Stelle der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten von allen Ratsmitgliedern eingesehen werden, soweit nicht das Amtsgeheimnis die Einsicht ausschliesst.

⁴ Die Absätze 2 und 3 gelten sinngemäss für weitere Unterlagen der Kommission.

⁵ Aufsichtskommissionen können unter sich den Austausch von Protokollen und weiteren Unterlagen vorsehen. Die Mitglieder sind an das Amtsgeheimnis gebunden. *[Eingefügt am 2. 9. 1996]*

5.2 Ständige und besondere Kommissionen

Art. 44 *[Fassung vom 2. 9. 1996]*

Ständige Kommissionen

Der Grosse Rat wählt nach jeder Gesamterneuerung für die Dauer der Legislaturperiode, unter Vorbehalt von Artikel 35 Absatz 2, folgende ständige Kommissionen:

- a Steuerungskommission 17 Mitglieder, *[Fassung vom 9. 2. 2004]*
- b Oberaufsichtskommission 17 Mitglieder, *[Fassung vom 9. 2. 2004]*
- c Justizkommission 15 Mitglieder. *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

Art. 45

Besondere Kommissionen

¹ Die Präsidentenkonferenz kann zur Beratung von Erlassvorlagen, von einzelnen Geschäften oder von Berichten des Regierungsrates besondere Kommissionen einsetzen. Sie entscheidet über deren Grösse.

² Die Mitglieder von besonderen Kommissionen werden auf Vorschlag der Fraktionen durch das Büro ernannt. Das Büro bestimmt die Kommissionspräsidenten.

³ Die Amtsdauer der besonderen Kommissionen erlischt mit der Erledigung ihrer Aufgabe, immer aber mit Ablauf der Amtsdauer des Grossen Rates.

Art. 46

Vertretung in besonderen Kommissionen

¹ Ein Kommissionsmitglied kann sich für einzelne Kommissionssitzungen durch ein anderes Ratsmitglied aus derselben Fraktion oder Partei, das der Kommission nicht angehört, vertreten lassen.

² Das Kommissionsmitglied orientiert die Staatskanzlei und das zuständige Kommissionssekretariat und übergibt seiner Vertretung die Sitzungsunterlagen.

³ Das die Vertretung ausübende Ratsmitglied hat in der Kommission volles Stimmrecht.

Art. 47

Sonderfälle

¹ Zur Prüfung von Geschäften mit erheblicher politischer Tragweite kann die Präsidentenkonferenz ständige Kommissionen erweitern.

² In dringenden Fällen kann die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident die Vorberatung von Geschäften dem Büro oder einer bestehenden Kommission übertragen.

Art. 48

Vertretung der Fraktionen

¹ Die Präsidentenkonferenz setzt den Verteilungsschlüssel für die Zuteilung der Kommissionssitze an die Fraktionen fest (Art. 20 Abs. 3 GRG *[BSG 151.21]*).

² Verliert eine Fraktion während der Dauer der Legislaturperiode ihren Fraktionsstatus oder verändern sich die Fraktionsstärken, wird dies bei der Zuteilung der Sitze neuer besonderer Kommissionen oder bei Nachwahlen in ständige Kommissionen berücksichtigt.

Art. 48a *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Fraktionen ohne Sitzanspruch

Eintretens- und Grundsatzdebatten sowie Anhörungen von besonderen Kommissionen stehen auch Fraktionen offen, die nicht in der Kommission vertreten sind. Die Teilnahme ist auf ein Fraktionsmitglied beschränkt. Dieses hat kein Stimmrecht und kann keine Anträge stellen.

5.3 Parlamentarische Untersuchungskommission

Art. 49

¹ Der Grosse Rat kann eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen (Art. 25 GRG *[BSG 151.21]*).

² Er bestimmt deren Grösse und wählt auf Vorschlag der Fraktionen die Mitglieder und das Kommissionspräsidium.

³ Der Grosse Rat bezeichnet den Untersuchungsauftrag und bestimmt das Sekretariat.

⁴ Mit der Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission fallen die weitere Verfolgung der

im Auftrag an die parlamentarische Untersuchungskommission genannten Vorkommnisse und Verantwortlichkeiten durch andere parlamentarische Kommissionen dahin.

6. Delegationen für Aussenbeziehungen *[Titel eingefügt am 9. 2. 2004]*

Art. 50 *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

Administrative Arbeiten und Protokolle

¹ Die Delegationen für Aussenbeziehungen können für die Sekretariatsarbeiten, die Protokollführung, die Übersetzung und die Simultanübersetzung vom Ratssekretariat, der Staatskanzlei und den Direktionen Hilfskräfte beiziehen.

² Für die Protokollführung und die Verwendung der Protokolle und Unterlagen der Delegationen sind Artikel 42 und 43 sinngemäss anwendbar.

Art. 51 *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

Rücktritt, Beratungen, Ausstand, Abstimmungen, Vertretung

Für den Rücktritt, die Beratungen, den Ausstand, die Abstimmungen und die Vertretung in den Delegationen für Aussenbeziehungen sind Artikel 36 bis 38 und 46 sinngemäss anwendbar.

Art. 52 *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

Amtsdauer

Die Amtsdauer der Delegationen für Aussenbeziehungen erlischt mit der Erledigung ihrer Aufgabe, immer aber mit Ablauf der Amtsdauer des Grossen Rates.

Art. 53 und 54

... *[Aufgehoben am 2. 9. 1996]*

III. Dienstleistungen für den Grossen Rat

Art. 55

Staatsschreiberin oder Staatsschreiber

¹ Die Staatsschreiberin oder der Staatsschreiber unterstützt die Präsidien des Grossen Rates und des Regierungsrates in der Koordination der Aufgaben und sorgt für die administrative Vorbereitung und Durchführung der Sessionen.

² Die Staatsschreiberin oder der Staatsschreiber führt in der Regel das Beschlussprotokoll *[Fassung vom 9. 2. 2004]* und sorgt für die Erledigung der Kanzleigeschäfte des Grossen Rates.

Art. 56 *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

Ratssekretariat

¹ Das Ratssekretariat führt die Sekretariate der ständigen Kommissionen.

² Das Ratssekretariat berät auf Anfrage Ratsmitglieder und Parlamentsorgane in Sach- und Verfahrensfragen.

³ Es sorgt für die Information und Dokumentation der Ratsmitglieder.

⁴ Es plant und bereitet parlamentseigene Projekte, Vorlagen und Geschäfte vor, soweit die Aufgabe nicht der Staatskanzlei übertragen wird.

Art. 57

Staatskanzlei

¹ Die Staatskanzlei führt die Kanzleigeschäfte des Grossen Rates.

² Unter der Leitung der Standesweibelin oder des Standesweibels *[Fassung vom 9. 2. 2004]* organisiert sie die Weibeldienste zur Bedienung des Grossen Rates und seiner Organe.

³ Sie sorgt für die Übersetzung der im Verlauf der Verhandlungen gestellten Anträge und die Simultanübersetzung der Verhandlungen des Grossen Rates.

⁴ Sie sorgt für die Protokollierung der Verhandlungen des Grossen Rates und die Redaktion des Tagblattes des Grossen Rates.

Art. 58

Redaktionskommission

1. Zusammensetzung *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

¹ Die Redaktionskommission umfasst neun Mitglieder. Diese werden auf Antrag der Staatsschreiberin oder des Staatsschreibers durch das Büro für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

² Bei der Wahl der Kommissionsmitglieder ist auf eine gleichwertige Vertretung der beiden Amtssprachen zu achten.

³ Die Staatsschreiberin oder der Staatsschreiber präsidiert die Redaktionskommission. Als ständige Mitglieder gehören ihr Personen an aus

- a dem Grossen Rat,
- b der Staatskanzlei,
- c der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion *[Fassung vom 9. 2. 2004]*,
- d den obersten kantonalen Justizbehörden und
- e der Universität.

⁴ Die Redaktionskommission kann beiziehen:

- a das Präsidium der vorberatenden Kommission,
- b Personen aus der antragstellenden Direktion oder der Staatskanzlei,
- c aussenstehende Sachverständige der deutschen oder französischen Sprache.

Art. 59

2. Verfahren, Entschädigung *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

¹ Die Redaktionskommission überprüft die Verfassungs- oder Gesetzesvorlagen des Regierungsrates oder eines Ratsorgans, bevor diese dem Grossen Rat unterbreitet werden.

² Die Redaktionskommission überprüft das Ergebnis der ersten Lesung und die Anträge der vorberatenden Kommission und des Regierungsrates für die zweite Lesung.

³ Nach der zweiten Lesung entscheidet der Grosse Rat, ob die Vorlage vor der Schlussabstimmung nochmals der Redaktionskommission zu unterbreiten ist.

⁴ Die ständigen Mitglieder der Redaktionskommission erhalten dieselben Sitzungsgelder wie Ratsmitglieder. *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

IV. Beratungsgegenstände

1. Auftrag *[Titel Fassung vom 9. 2. 2004]*

Art. 60 *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

Einreichung, Zuweisung *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

¹ Ratsmitglieder, Kommissionen oder Fraktionen können Aufträge zu Gestaltung und Inhalt von Voranschlag, Aufgaben- und Finanzplan und Geschäftsbericht einreichen. Aufträge sind mit einem Antrag und einer Begründung zu versehen.

² Die Aufträge werden dem Regierungsrat zur Stellungnahme und der Steuerungskommission zur Beratung überwiesen.

Art. 60a *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Stellungnahme des Regierungsrates

¹ Zu Aufträgen nimmt der Regierungsrat schriftlich Stellung.

² Die Stellungnahme ist der Steuerungskommission spätestens drei Monate nach Einreichung des Auftrags zu überweisen.

Art. 60b *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Vorberatung in der Steuerungskommission

¹ Die Steuerungskommission berät die Aufträge in Kenntnis der Stellungnahme des Regierungsrats.

² Ist das Ratsmitglied, welches den Auftrag eingereicht hat, nicht Mitglied der Kommission, so wird es von ihr angehört.

³ Die Steuerungskommission überweist dem Grossen Rat ihre Berichte und Anträge zusammen mit der Stellungnahme des Regierungsrats innert sechs Monaten seit Einreichung des Auftrags.

2. Motion, Postulat und Interpellation *[Titel Fassung vom 9. 2. 2004]*

Art. 61

Einreichung, Rückweisung

¹ Ratsmitglieder, Kommissionen oder Fraktionen können parlamentarische Vorstösse einreichen. Diese sind mit einem Antrag und einer kurzen Begründung zu versehen.

² Wird ein parlamentarischer Vorstoss von mehreren Ratsmitgliedern oder Fraktionen gemeinsam eingereicht, ist eine Sprecherin oder ein Sprecher für die Begründung des Vorstosses zu bezeichnen. Diese Person entscheidet über den Rückzug des Vorstosses (Art.64) oder über die Umwandlung einer Motion in ein Postulat (Art.65). *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

³ Das Büro prüft die eingereichten parlamentarischen Vorstösse in formeller Hinsicht; es kann dazu den Regierungsrat anhören. Es weist sie zurück, wenn *[Absatz 3 entspricht dem bisherigen Absatz 2]*

- a sie nicht die richtige Form aufweisen,
- b der Gegenstand des Vorstosses in der laufenden Legislaturperiode schon einmal beraten wurde und der Sachverhalt sich in der Zwischenzeit nicht geändert hat, oder
- c das Begehren nicht Gegenstand eines Vorstosses sein kann.

⁴ Die Urheberin oder der Urheber eines zurückgewiesenen Vorstosses kann beim Büro schriftlich gegen die Rückweisung Einsprache erheben. *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

⁵ Der Grosse Rat entscheidet über einen Rekurs gegen den Einspracheentscheid des Büros. *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Art. 62

Vorstösse zu ratseigenen Geschäften

Beschlägt ein Vorstoss ein ratseigenes Geschäft, überweist ihn das Büro zur Beantwortung an das als zuständig erachtete Organ des Grossen Rates. Die Artikel 61 und 63–69 gelten sinngemäss.

Art. 63

Dringliche Behandlung

¹ Ein parlamentarischer Vorstoss kann als dringlich erklärt werden, wenn dazu eine Begründung vorliegt und er spätestens am ersten Sessionstag eingereicht wird. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

² Wenn die zeit- und sachgerechte Behandlung der dringlichen Vorstösse dies zwingend erfordert, kann die Präsidentenkonferenz den Einreichetermin ausnahmsweise vorziehen. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

³ Das Büro stimmt nach Anhören des Regierungsrates über den Antrag auf dringliche Behandlung ab. *[Die Absätze 3 bis 5 entsprechen den bisherigen Absätzen 2 bis 4]*

⁴ Ist Dringlichkeit beschlossen, wird der parlamentarische Vorstoss in derselben oder spätestens in der folgenden Session behandelt. *[Die Absätze 3 bis 5 entsprechen den bisherigen Absätzen 2 bis 4]*

⁵ Eine Motion, die eine Stellungnahme des Grossen Rates bei Vernehmlassungen an Bundesbehörden beantragt, ist in derselben Session zu behandeln, wenn die Vernehmlassungsfrist der Bundesbehörden die Behandlung in der folgenden Session nicht zulässt. *[Die Absätze 3 bis 5 entsprechen den bisherigen Absätzen 2 bis 4]*

Art. 64

Behandlung

¹ Eingereichte Vorstösse sind innert sechs Monaten schriftlich zu beantworten und zu traktandieren. Ist die Einhaltung dieser Frist nicht möglich, kann die Präsidentenkonferenz nach Anhörung der Urheberin oder des Urhebers eine neue Frist ansetzen.

² Die Urheberin oder der Urheber kann den Vorstoss bis zum Abschluss der Beratung im Grossen Rat zurückziehen. Der Rückzug kann kurz begründet werden.

Art. 65

Motion und Postulat

1. Form der Beratung *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

¹ Der Regierungsrat kann beantragen, eine Motion oder ein Postulat sei ganz oder teilweise entgegenzunehmen und allenfalls abzuschreiben oder abzulehnen. Er kann auch beantragen, eine Motion als Postulat zu überweisen.

² Die Urheberin oder der Urheber kann eine Motion in ein Postulat umwandeln.

Art. 66

2. Beratung *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

¹ Eine Diskussion findet statt, wenn eine Motion oder ein Postulat vom Regierungsrat oder aus der Mitte des Rates bestritten wird oder die Diskussion von mindestens 40 Ratsmitgliedern *[Fassung vom 9. 2. 2004]* verlangt wird.

² Wenn ein sachlicher Zusammenhang mit einem hängigen Geschäft besteht, können beantwortete Motionen oder Postulate gleichzeitig beraten werden.

³ Ist eine Motion oder ein Postulat im Zeitpunkt der Beratung im Grossen Rat vollzogen, kann die Motion oder das Postulat mit der Überweisung gleichzeitig als erfüllt abgeschrieben werden.

⁴ Am Schluss der Beratung ist über die Erheblicherklärung abzustimmen.

Art. 67

Vollzugsfristen

¹ Der erheblich erklärte Vorstoss wird zum Vollzug an den Regierungsrat oder an eine Kommission überwiesen.

² Er ist innert zwei Jahren zu vollziehen. Der Grosse Rat kann auf begründeten Antrag hin die Vollzugsfrist um längstens zwei Jahre verlängern.

Art. 68

Berichterstattung, Abschreibung

¹ Der Regierungsrat erstattet jährlich Bericht über den Stand der Bearbeitung und des Vollzuges.

² Beinhaltet der Vorstoss einen Dauerauftrag, ist nach spätestens zwei Jahren über den Stand des Vollzugs Bericht zu erstatten und über die Abschreibung zu entscheiden.

³ Der Grosse Rat entscheidet über die Abschreibung eines überwiesenen Vorstosses.

Art. 69

Beratung von Interpellationen

¹ Die Interpellantin oder der Interpellant kann sich von der Antwort befriedigt, teilweise oder nicht befriedigt erklären. Diese Erklärung kann in einer Stellungnahme von höchstens zwei Minuten erläutert werden.

² Eine Aussprache findet nur statt, wenn sie mindestens 40 Ratsmitglieder *[Fassung vom 9. 2. 2004]* verlangen.

3. Fragestunde

Art. 70

¹ Die Fragen sind am ersten Sessionstag in knapper Fassung und ohne Begründung schriftlich einzureichen. Sie können eine kurze Darstellung des Sachverhalts enthalten. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

² Das Büro stellt die Prüfung der eingereichten Fragen in formeller Hinsicht sicher und kann Fragen zurückweisen. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

³ Der Grosse Rat entscheidet über den Rekurs gegen eine Rückweisung. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

⁴ Die Fragen werden vor Sitzungsbeginn den Ratsmitgliedern schriftlich ausgeteilt und nicht mündlich vorgetragen. *[Die Absätze 4 bis 6 entsprechen den bisherigen Absätzen 2 bis 4]*

⁵ Das zuständige Mitglied des Regierungsrates antwortet kurz. Die Fragestellerin oder der Fragesteller kann eine sachbezogene Zusatzfrage stellen. *[Die Absätze 4 bis 6 entsprechen den bisherigen Absätzen 2 bis 4]*

4]

⁶ Eine Diskussion findet nicht statt. *[Die Absätze 4 bis 6 entsprechen den bisherigen Absätzen 2 bis 4]*

4. Parlamentarische Initiative

Art. 71

Einreichung und Überweisung

¹ Parlamentarische Initiativen werden schriftlich eingereicht. Sie sind mit einer Begründung zu versehen und werden sämtlichen Ratsmitgliedern nach der Einreichung zur Kenntnis gebracht.

² Das Büro weist nach Anhören des Regierungsrates eine parlamentarische Initiative zurück, wenn

- a sie sich auf einen Gegenstand bezieht, welcher schon als Ratsgeschäft hängig ist, oder
- b der Gegenstand vom Regierungsrat als Vorlage vorbereitet und innerhalb eines halben Jahres dem Grossen Rat vorgelegt wird.

³ Wird der Entscheid des Büros aus der Mitte des Grossen Rates angefochten, beschliesst der Grosse Rat über Rückweisung oder Entgegennahme.

⁴ Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident stellt nach der Beratung durch Abstimmung fest, ob die parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt wird. *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

Art. 72

Vorberatung

¹ Die zur Vorberatung der Initiative eingesetzte Kommission kann den Entwurf vorgängig durch Sachverständige begutachten lassen. Bei der Vorberatung kann sie Änderungen beantragen oder einen Gegenentwurf ausarbeiten.

² Die Kommission führt über das Ergebnis ihrer Beratungen ein Vernehmlassungsverfahren durch. Die Vorschriften des Regierungsrats über das Vernehmlassungsverfahren gelten sinngemäss. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

³ Ist das Ratsmitglied, welches die parlamentarische Initiative eingereicht hat, nicht Mitglied der Kommission, so wird es von ihr angehört.

⁴ Die Kommission stellt dem Grossen Rat spätestens zwei Jahre nach Einreichung der parlamentarischen Initiative Antrag.

Art. 73

Antragstellung

¹ Der Antrag der Kommission wird in einem Vortrag erläutert, der den Anforderungen an eine regierungsrätliche Vorlage entspricht.

² Die Kommission überweist ihren Antrag und den erläuternden Vortrag gleichzeitig dem Regierungsrat.

³ Auf die Bildung einer weiteren vorberatenden Kommission wird in der Regel verzichtet.

Art. 74

Beschlussfassung

¹ Der Grosse Rat behandelt die Kommissionsanträge zu einer parlamentarischen Initiative und einen allfälligen Gegenentwurf im gleichen Verfahren wie eine Vorlage des Regierungsrates.

² Der Regierungsrat nimmt in der Beratung zur parlamentarischen Initiative und zu den Kommissionsanträgen Stellung.

5. Planungserklärung *[Titel Fassung vom 9. 2. 2004]*

Art. 75

¹ Die Präsidentenkonferenz entscheidet, ob ein Bericht des Regierungsrates durch eine Kommission vorzubereiten ist.

² Der Grosse Rat kann in einer Planungserklärung *[Fassung vom 9. 2. 2004]* zu Berichten Stellung nehmen. In der allgemeinen Würdigung bringt er seine grundsätzliche Haltung und politische Bewertung zum Ausdruck.

6. Standesinitiative *[Eingefügt am 2. 9. 1996]*

Art. 75a *[Eingefügt am 2. 9. 1996]*

¹ Der Grosse Rat übt das Mitwirkungsrecht im Sinne von Artikel 160 Absatz 1 *[Fassung vom 9. 2. 2004]* der Bundesverfassung *[SR 101]* aus. Standesinitiativen sind Anträge zu einem Erlass oder Beschluss der Bundesversammlung.

² Die Einreichung einer Standesinitiative kann durch einen Antrag des Regierungsrates zu einem Grossratsbeschluss, durch eine Motion oder durch eine parlamentarische Initiative verlangt werden.

V. Beratung

Art. 76

Sprache

¹ Die Ratsmitglieder und die Mitglieder des Regierungsrates äussern sich auf deutsch (Mundart oder Schriftdeutsch) oder auf französisch.

² Die Ratsmitglieder sprechen vom Rednerpult aus.

Art. 77

Wortmeldung

¹ Ratsmitglieder, die zu einem in Beratung stehenden Geschäft sprechen wollen, melden sich bei der Ratspräsidentin oder beim Ratspräsidenten.

² Kein Ratsmitglied spricht mehr als zweimal zum selben Gegenstand. Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident kann für die Sprecherinnen oder Sprecher der Fraktionen Ausnahmen machen. Dem zuständigen Mitglied des Regierungsrates und der Berichterstatterin oder dem Berichterstatter der Kommission ist zu Berichtigungen jederzeit das Wort zu erteilen.

³ Wünscht die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident zur Sache zu sprechen, bringt er dies dem Rat zur Kenntnis. Während des Votums übernimmt ein anderes Mitglied des Präsidiums den Vorsitz.

Art. 78

Worterteilung

¹ Zuerst werden die Berichte und Anträge der Kommission von den Berichterstatterinnen und Berichterstattern vorgetragen. Sie vertreten die Meinung der Kommissionsmehrheit. Bei Direktionsgeschäften erfolgt ein mündlicher Vortrag nur, wenn sie bestritten sind oder wenn dies die vorberatende Kommission ausdrücklich verlangt. *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

² Das Wort wird anschliessend in der folgenden Reihenfolge erteilt: Sprecherinnen oder Sprecher der Kommissionsminderheit, Sprecherinnen oder Sprecher der Fraktionen, übrige Ratsmitglieder in der Reihenfolge der Anmeldung. Nach der allgemeinen Aussprache haben die Präsidentin oder der Präsident der Kommission und das zuständige Mitglied des Regierungsrates das Wort. Anschliessende Wortmeldungen sind zulässig.

³ Das Wort wird ausserhalb der Reihenfolge erteilt, wenn ein Ratsmitglied die Beachtung der Geschäftsordnung verlangt, einen Ordnungsantrag stellt oder eine persönliche Erklärung abgeben will. Ist ein Ordnungsantrag gestellt, wird die Beratung in der Hauptsache bis zur Erledigung des Ordnungsantrags unterbrochen.

Art. 79

Redezeit

¹ Die Redezeit beträgt für die ersten Voten der Sprecherinnen oder Sprecher der Fraktionen und der Ratsmitglieder, die einen Antrag oder einen parlamentarischen Vorstoss begründen, acht Minuten. Wer sich darauf beschränkt, einen bereits gestellten Antrag zu unterstützen, verfügt über eine Redezeit von vier Minuten. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

² Beim zweiten Votum zum gleichen Gegenstand und für die übrigen Ratsmitglieder beträgt die Redezeit vier Minuten. *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

³ Der Grosse Rat kann auf Antrag der Präsidentenkonferenz bzw. seiner Präsidentin oder seines Präsidenten die Redezeit verlängern oder herabsetzen. *[Fassung vom 9. 2. 2004]*

⁴ Diese Vorschriften gelten nicht für die Berichterstatterinnen oder Berichterstatter der Mehrheit der Kommission *[Fassung vom 9. 2. 2004]* und für die Mitglieder des Regierungsrates. Sie haben sich bei ihren

Voten kurz zu fassen.

Art. 79a *[Eingefügt am 9. 2. 2004]*

Beratungsweisen

¹ Der Grosse Rat beschliesst auf Antrag der Präsidentenkonferenz bzw. seiner Präsidentin oder seines Präsidenten ohne Diskussion über die Beratungsweise der Ratsgeschäfte.

² Er kann für die Eintretensberatungen, die allgemeine Aussprache und die Detailberatungen unterschiedliche Beratungsweisen beschliessen.

³ Zulässig sind die Freie Debatte und die Reduzierte Debatte.

⁴ Die Berichterstatterin oder der Berichterstatter der Kommission sowie das zuständige Mitglied des Regierungsrates können sich bei allen Beratungsweisen zu Wort melden.

⁵ Das Recht zur Wortmeldung steht bei der Freien Debatte allen Ratsmitgliedern zu.

⁶ Das Recht zur Wortmeldung ist bei der Reduzierten Debatte auf die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher sowie die Antragstellerinnen und Antragsteller beschränkt. Den Sprecherinnen und Sprechern der Minderheiten von Fraktionen und Kommissionen sowie den fraktionslosen Ratsmitgliedern wird Redezeit eingeräumt.

⁷ Bei der Reduzierten Debatte beträgt die Redezeit für die Berichterstatterinnen oder Berichterstatter der Mehrheit der Kommission sowie für die Mitglieder des Regierungsrats acht Minuten, diejenige für die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher, die Antragstellerinnen und Antragsteller sowie die Sprecherinnen und Sprecher der Minderheiten von Fraktionen und Kommissionen vier Minuten. Fraktionslose Ratsmitglieder haben eine Redezeit von zwei Minuten.

Art. 80

Disziplin

¹ Wer sich vom Gegenstand der Beratung entfernt oder den parlamentarischen Anstand verletzt, wird von der Ratspräsidentin oder vom Ratspräsidenten zur Ordnung gerufen.

² Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident entzieht einem Ratsmitglied das Wort, wenn dieses die parlamentarische Ordnung fortgesetzt beeinträchtigt.

³ Erhebt die Rednerin oder der Redner Einsprache gegen den Wortentzug, so entscheidet der Grosse Rat ohne weitere Diskussion.

Art. 81

Persönliche Erklärung

Ist ein Ratsmitglied persönlich angegriffen worden, hat es das Recht auf eine kurze Erwiderung.

Art. 82

Schluss der Beratung

¹ Wird Schluss der Beratungen beantragt, ist über diesen Antrag ohne weiteres abzustimmen. Erhält er die Mehrheit, kommen nur noch Ratsmitglieder zum Wort, welche es vor dieser Abstimmung verlangt haben.

² Wird nach Schluss der Rednerinnen- und Rednerliste *[Fassung vom 9. 2. 2004]* ein neuer Antrag eingereicht, ist die Aussprache zu diesem Antrag wieder offen.

³ Wird das Wort nicht mehr verlangt, schliesst die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident die Beratung.

Art. 83

Antragsrecht *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

¹ Jedes Ratsmitglied hat das Recht, zu einem hängigen Geschäft insbesondere Nichteintretens-, Rückweisungs-, Alternativ-, Abänderungs-, Zusatz-, Streichungs- oder Rückkommensanträge zu stellen. *[Fassung vom 15. 3. 1994]*

² Anträge auf Änderung des Wortlauts von Vorlagen sind der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten schriftlich einzureichen. Sie werden dem Grossen Rat in deutscher und französischer Sprache mitgeteilt. Sie können an die zuständige Kommission zur Vorberatung gewiesen werden.

³ Anträge auf Behandlung von Verfassungs- und Gesetzesartikeln, die nicht im Entwurf für die erste Lesung enthalten sind, müssen spätestens bei der ersten Lesung gestellt werden.

⁴ Anträge, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit einem hängigen Geschäft stehen, werden zurückgewiesen.

⁵ Anträge zu Abänderungs- und zu Zusatzanträgen sowie Eventualanträge sind vom Ratsmitglied als konkurrierende Anträge gemäss Absatz 1 zu stellen. *[Eingefügt am 15. 3. 1994]*

Art. 84 *[Fassung vom 2. 9. 1996]*

Zugrecht *[Fassung vom 2. 9. 1996]*

¹ Der Grosse Rat kann ein einzelnes Geschäft, über das eine Kommission abschliessend entschieden hat, mit der Mehrheit der Stimmen an sich ziehen (Art. 81 Abs. 2 der Kantonsverfassung *[BSG 101.1]*).

² Ein Antrag auf Beratung eines Geschäfts durch den Grossen Rat ist spätestens am ersten Sessionstag nach Beschluss der Kommission einzureichen.

³ Der Grosse Rat behandelt in der Regel in der gleichen Session den Antrag und das Geschäft.

⁴ Ein Antrag auf Beratung der Abstimmungserläuterungen durch den Grossen Rat ist spätestens bei der Beratung der Abstimmungsvorlage zu behandeln.

Art. 85

Eintreten

¹ Der Grosse Rat berät zunächst darüber, ob er auf ein hängiges Geschäft eintreten will.

² Tritt der Grosse Rat auf ein Geschäft nicht ein, wird es als abgeschrieben von der Traktandenliste gestrichen.

³ Eintreten ist obligatorisch bei Geschäften, deren Behandlung die Verfassung oder ein Gesetz vorschreibt.

Art. 86

Detailberatung

¹ Ist Eintreten beschlossen, so folgt die artikelweise Beratung.

² Der Grosse Rat kann beschliessen, die Vorlage abschnittsweise oder in ihrer Gesamtheit zu beraten.

Art. 87

Beratung bei Initiative mit Gegenvorschlag *[Fassung vom 2. 9. 1996]*

¹ ... *[Aufgehoben am 2. 9. 1996]*

² Liegt zu einer Initiative von Seiten des Regierungsrates, der vorberatenden Kommission oder aus der Ratsmitte ein Antrag auf einen Gegenvorschlag *[Fassung vom 2. 9. 1996]* vor, so wird dieser zuerst beraten.

³ Danach beschliesst der Grosse Rat *[Absatz 3 Fassung vom 2. 9. 1996]*

a bei Verfassungsinitiativen, ob er den Stimmberechtigten die Annahme oder die Ablehnung empfehlen will;

b bei den übrigen Initiativen, ob er die Initiative annehmen oder sie den Stimmberechtigten zur Ablehnung empfehlen will.

⁴ Empfiehlt der Grosse Rat die Ablehnung der Initiative, so beschliesst er darüber, ob er den Stimmberechtigten empfehlen will, den Gegenvorschlag anzunehmen. *[Eingefügt am 2. 9. 1996]*

Art. 87a *[Eingefügt am 2. 9. 1996]*

Eventualantrag

¹ Eventualanträge gemäss Artikel 63 Absatz 2 der Kantonsverfassung *[BSG 101.1]* müssen spätestens am Ende der Detailberatung gestellt werden.

² Wird ein Eventualantrag eingereicht, erfolgt die Detailberatung im Anschluss an die Detailberatung des Hauptantrages.

Art. 88

Rückweisung

¹ Nach dem Eintretensbeschluss oder während der Detailberatung kann der Grosse Rat die ganze Vorlage oder einzelne Artikel sowie Teile eines Geschäftes an die Kommission, ein Ratsorgan oder den Regierungsrat zurückweisen.

² Bei Anträgen auf Rückweisung einer Vorlage, eines Geschäftes oder eines Berichtes ist anzugeben, in welchem Sinn die Überarbeitung oder Neuprüfung geschehen soll.

³ Die Rückweisung ist bei parlamentarischen Vorstössen ausgeschlossen.

Art. 89

Rückkommen

¹ Nach Schluss der Detailberatung kann jedes Ratsmitglied beantragen, auf bestimmte Artikel oder Abschnitte einer Vorlage sowie auf bestimmte Teile eines Geschäftes zurückzukommen. Eine kurze Begründung des Rückkommensantrages und eines Gegenantrages ist gestattet; der Grosse Rat entscheidet ohne weitere Diskussion.

² Wird der Antrag angenommen, findet nochmals eine Detailberatung über den betreffenden Gegenstand statt.

VI. Abstimmungen

Art. 90

Beschlussfähigkeit

¹ Zu Verhandlungen und Beschlüssen des Grossen Rates ist die Anwesenheit der Mehrheit sämtlicher Ratsmitglieder erforderlich.

² Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident vergewissert sich über die Beschlussfähigkeit.

Art. 91

Verfahren

¹ Vor der Abstimmung gibt die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident eine kurze Übersicht über die Anträge und macht Vorschläge zum Abstimmungsverfahren.

² Allfällige Einwendungen gegen diese Vorschläge werden vom Grossen Rat ohne Diskussion sofort bereinigt.

Art. 92

Reihenfolge

¹ Unterabänderungsanträge kommen vor den Abänderungsanträgen, diese vor den Hauptanträgen zur Abstimmung. Näherliegende Zahlen werden einander zuerst gegenübergestellt. Über den Antrag der Kommission wird im Rahmen dieser Regeln am Schluss abgestimmt.

² Sind mehr als zwei Hauptanträge gestellt worden, werden zuerst in eventueller Abstimmung hintereinander die Anträge einzelner Ratsmitglieder, der Antrag des Regierungsrates und die Anträge der Kommissionsminderheit einander gegenübergestellt. Das Resultat aus der letzten Abstimmung wird dem Antrag der Kommissionsmehrheit gegenübergestellt.

Art. 93

Getrennte Abstimmung

¹ Über teilbare Abstimmungsfragen wird auf Antrag getrennt abgestimmt.

² Änderungen, die sich aus einem angenommenen Antrag ergeben, kommen nur auf ausdrückliches Verlangen zur Abstimmung.

Art. 94 [Fassung vom 15. 3. 1994]

Stimmabgabe

1. Allgemeines [Fassung vom 9. 2. 2004]

¹ Die Stimmabgabe erfolgt in der Regel mit dem elektronischen Abstimmungssystem oder durch Aufstehen.

² Sie erfolgt schriftlich und geheim bei Abstimmungen über Einbürgerungsanträge und Straferlassgesuche.

³ ... [Aufgehoben am 9. 2. 2004]

⁴ Ein Ratsmitglied kann seine Stimme abgeben (Ja, Nein) oder sich der Stimme enthalten.

⁵ Über unbestrittene Anträge wird nicht abgestimmt.

Art. 94a [Fassung vom 15. 3. 1994]

2. Elektronische Abstimmung [Fassung vom 9. 2. 2004]

¹ Bei jeder Abstimmung sind die individuelle Stimmabgabe der Ratsmitglieder, das Total der abgegebenen Stimmen (Ja, Nein) und der Enthaltungen auf Anzeigetafeln festzuhalten.

² Bei Schlussabstimmungen über Ratsgeschäfte, die obligatorisch oder fakultativ der Volksabstimmung unterstellt sind, oder wenn 30 Ratsmitglieder dies vorgängig verlangen, wird das Abstimmungsergebnis in Form einer Namensliste veröffentlicht. [Fassung vom 9. 2. 2004]

³ ... [Aufgehoben am 9. 2. 2004]

⁴ ... [Aufgehoben am 9. 2. 2004]

Art. 95 [Fassung vom 15. 3. 1994]

3. Abstimmung durch Aufstehen [Fassung vom 9. 2. 2004]

¹ Der Grosse Rat kann eine Abstimmung durch Aufstehen beschliessen.

² Wer einem Antrag zustimmt, steht auf. Auf Verlangen ist das Gegenmehr festzustellen.

³ Im Zweifelsfall oder auf Verlangen eines Ratsmitgliedes werden die Stimmen und die Enthaltungen gezählt.

⁴ ... [Aufgehoben am 15. 3. 1994]

Art. 96 [Fassung vom 15. 3. 1994]

Feststellung des Ergebnisses

¹ Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident gibt das Gesamtergebnis (Ja, Nein, Enthaltungen) bekannt.

² ... [Aufgehoben am 9. 2. 2004]

³ Das Gesamtergebnis wird im Beschlussprotokoll [Fassung vom 9. 2. 2004] und im Tagblatt des Grossen Rates festgehalten.

Art. 97

... [Aufgehoben am 15. 3. 1994]

Art. 98 [Fassung vom 15. 3. 1994]

Stichentscheid

¹ Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident stimmt nicht mit.

² Bei Stimmgleichheit fällt der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten der Stichentscheid zu. Dieser kann begründet werden.

³ Bei geheimer Abstimmung gilt bei Stimmgleichheit der Antrag des vorberatenden Ratsorganes als angenommen.

VII. Wahlen

Art. 99

Verfahren

¹ Die Wahlen werden schriftlich und geheim vorgenommen. Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident nimmt an den Wahlen teil.

² Wahlen sind für Vollzeitstellen und Teilzeitstellen sowie für Teilzeitstellen mit unterschiedlichem Beschäftigungsgrad getrennt durchzuführen. [Fassung vom 6. 6. 2000]

³ Die Stimmzählerinnen oder Stimmzähler teilen für jeden Wahlgang die Stimmzettel aus und stellen die Zahl der ausgeteilten Stimmzettel fest. [Die Absätze 3 bis 5 entsprechen den bisherigen Absätzen 2 bis 4]

⁴ Nachdem die Stimmzettel eingesammelt sind, halten die Stimmzählerinnen oder Stimmzähler die Zahl der eingegangenen Stimmzettel fest und ermitteln das Ergebnis. Das Büro entscheidet über die

Gültigkeit der Stimmzettel, wobei es das Gesetz über die politischen Rechte [BSG 141.1] sinngemäss anwendet. [Die Absätze 3 bis 5 entsprechen den bisherigen Absätzen 2 bis 4]

⁵ Gehen mehr Stimmzettel ein, als ausgeteilt wurden, ist die Wahl ungültig und wird wiederholt. [Die Absätze 3 bis 5 entsprechen den bisherigen Absätzen 2 bis 4]

Art. 100

Ermittlung der Wahlergebnisse

¹ Im ersten Wahlgang gilt das absolute, nachher das relative Mehr der Stimmenden.

² Das Mehr wird berechnet von der Gesamtzahl der eingegangenen gültigen Wahlzettel. Leere Wahlzettel fallen ausser Betracht.

³ Im zweiten Wahlgang bleiben höchstens doppelt so viele Bewerberinnen oder Bewerber in der Wahl, als Stellen zu besetzen sind, und zwar diejenigen mit den höchsten Stimmzahlen. Haben für die letzte Stelle mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten gleich viele Stimmen, bleiben alle in der Wahl.

⁴ Bei Stimmgleichheit unter dem relativen Mehr gilt folgendes: [Absatz 4 Fassung vom 15. 3. 1994]

- a wenn für einen Sitz zwei Bewerberinnen oder Bewerber zur Wahl stehen, entscheidet das Los;
- b wenn neben den gleichrangierten Bewerberinnen oder Bewerbern noch weitere Bewerberinnen oder Bewerber Stimmen erhalten haben, entscheidet eine Stichwahl zwischen den Gleichrangierten.

Art. 101

Besondere Fälle

¹ Haben mehr Bewerberinnen oder Bewerber, als Stellen zu besetzen sind, das absolute Mehr erlangt, fallen diejenigen mit der geringsten Stimmzahl aus der Wahl.

² Werden Bewerberinnen oder Bewerber gewählt, die von Gesetzes wegen nicht gleichzeitig wählbar sind, entscheidet die grössere Stimmzahl. Eine abweichende Vereinbarung der Betroffenen bleibt vorbehalten.

Art. 102

Bekanntgabe des Ergebnisses

¹ Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident eröffnet dem Grossen Rat das Ergebnis der Wahl.

² Formfehler sind sofort nach Bekanntgabe des Ergebnisses geltend zu machen. Der Grosse Rat entscheidet über angefochtene Wahlen.

VIII. Protokoll

Art. 103

Beschlussprotokoll [Fassung vom 9. 2. 2004]

¹ Das Beschlussprotokoll [Fassung vom 9. 2. 2004] des Grossen Rates gibt an:

- a den Namen des präsidierenden Ratsmitgliedes, die Zahl der anwesenden und die Namen der abwesenden Ratsmitglieder;
- b die Verhandlungsgegenstände, den vollen Inhalt der zur Abstimmung gebrachten Anträge und die Ergebnisse von Abstimmungen und Wahlen;
- c die eingereichten parlamentarischen Initiativen, Vorstösse und Fragen.

² Die beratenen Unterlagen sowie sämtliche Erlasse sind dem Beschlussprotokoll [Fassung vom 9. 2. 2004] beizufügen.

³ Das Beschlussprotokoll [Fassung vom 9. 2. 2004] ist erst nach der Genehmigung gültig. Vorher sind Ausfertigungen, Abschriften oder Auszüge unzulässig und entfalten keine rechtsverbindliche Wirkung.

Art. 104

Unterzeichnung und Genehmigung

¹ Die protokollführende Person bestätigt auf dem Beschlussprotokoll [Fassung vom 9. 2. 2004] mit ihrer Unterschrift dessen Richtigkeit und Vollständigkeit.

² Je ein Mitglied des Präsidiums und des Büros prüfen und unterzeichnen das Beschlussprotokoll [Fassung vom 9. 2. 2004].

³ An der nächsten Sitzung liegt das Beschlussprotokoll [Fassung vom 9. 2. 2004] zur Einsicht auf. Werden bis zum Schluss der Sitzung keine Berichtigungen verlangt, gilt es als stillschweigend genehmigt.

⁴ Begehren um Berichtigung des Beschlussprotokolls [Fassung vom 9. 2. 2004] sind schriftlich bei der Ratspräsidentin oder beim Ratspräsidenten anzubringen. Über Berichtigungsanträge und die formelle Genehmigung des Beschlussprotokolls [Fassung vom 9. 2. 2004] entscheidet der Grosse Rat.

⁵ Auf dem Weg der Berichtigung können keine Beschlüsse des Grossen Rates abgeändert werden.

Art. 105

Wörtliche Aufnahme der Verhandlungen und Veröffentlichung

¹ Sämtliche Verhandlungen des Grossen Rates werden auf Tonband aufgenommen und in einem Wortlautprotokoll festgehalten.

² Sie sind unter Vorbehalt sprachlicher Anpassungen wörtlich im Tagblatt des Grossen Rates zu veröffentlichen.

³ Unveröffentlicht bleiben Verhandlungen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden sowie Verhandlungen über Einbürgerungsanträge und Straferlassgesuche.

⁴ Dem französischen Amtsblatt wird ein summarisches Protokoll der Verhandlungen in französischer Sprache beigegeben. Dieses enthält die Traktanden, Namen der Rednerinnen und Redner und den wesentlichen Inhalt ihrer Voten, die Anträge und die Abstimmungs- und Wahlergebnisse.

⁵ Veröffentlicht werden im weiteren:

- a Voranschlag,
- b Vermögensetat,
- c Staatsrechnung,
- d Gesetzesentwürfe nach der ersten Beratung,
- e Vorträge und Berichte des Regierungsrates oder der Ratsorgane,
- f Register über die Interessenbindungen der Ratsmitglieder.

Art. 106

Berichtigung des Tagblattes

¹ Berichtigungsanträge können nach Erscheinen des Tagblattes von Rednerinnen oder Rednern bis zum Ende der nächsten Session eingereicht werden. Die Präsidentenkonferenz entscheidet endgültig über die Berichtigungsanträge. Materielle Korrekturen am Inhalt sind nicht gestattet.

² Die auf Tonband aufgezeichneten Verhandlungen werden erst nach Ablauf der Berichtigungsfrist gelöscht.

³ Das Staatsarchiv kann für Forschungszwecke Auszüge aus den Tonbandaufzeichnungen aufbewahren.

IX. Schlussbestimmungen

Art. 107

Aufhebung eines Erlasses

Die Geschäftsordnung für den Grossen Rat des Kantons Bern vom 16. Februar 1983 wird aufgehoben.

Art. 108

Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt auf den 1. Juni 1990 in Kraft.

Bern, 9. Mai 1989

Im Namen des Grossen Rates
Der Präsident: *Schmidlin*
Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

Anhang

9.5.1989 GO

GS 1989/188, in Kraft am 1. 6. 1990

Änderungen

15.3.1994 GO

BAG 94–33, in Kraft am 1. 6. 1994

II.

Diese Änderung tritt mit Ausnahme der Änderungen in Artikel 94, 94a, 95, 96, 97 und 98 auf den 1. Juni 1994 in Kraft. Der Grosse Rat beschliesst das Inkrafttreten der übrigen Bestimmungen auf Antrag des Büros des Grossen Rates.

Der Grosse Rat des Kantons Bern,

gestützt auf Ziffer II. der Änderung der Geschäftsordnung vom 15. März 1994 (BAG 94–33), *beschliesst:*

1. Die Artikel 94, 94a, 95, 96 und 98 der Geschäftsordnung für den Grossen Rat des Kantons Bern (GO), in der Fassung vom 15. März 1994, treten auf den 4. September 1995 in Kraft.

Die Artikel 94, 95, 96, 97 und 98 der Geschäftsordnung für den Grossen Rat des Kantons Bern (GO), in der Fassung vom 9. Mai 1989, werden auf den 4. September 1995 aufgehoben.

2.9.1996 GO

BAG 96–121, in Kraft am 1. 1. 1997

31.8.1998 GO

BAG 98–71, in Kraft am 1. 1. 2000

20.11.2000 GO

BAG 00–134, in Kraft am 20. 11. 2000

1.12.1999 GO

BAG 00–30, in Kraft am 1. 1. 2001

6.6.2000 GO

BAG 00–122, in Kraft am 1. 1. 2001

4.9.2000 GO

BAG 00–130, in Kraft am 1. 1. 2001

2.9.2002 GO

BAG 02–94, in Kraft am 1. 1. 2003

9.2.2004 GO

BAG 04–49, in Kraft am 1. 9. 2004 bzw. 1. 6. 2006

RRB Nr. 1999 vom 23. Juni 2004:

Die Teilrevision der Geschäftsordnung für den Grossen Rat (GO) vom 9. Februar 2004 wird nach Anhörung des Büros des Grossen Rates wie folgt in Kraft gesetzt:

- a* auf den 1. September 2004:
alle Artikel dieses Änderungserlasses mit Ausnahme der im nachfolgenden Buchstaben *b* genannten Artikel,
- b* auf den 1. Juni 2006:
die Artikel 9, 12 Absatz 3, 27, 33, 34, 65, 66, 69 und 94a Absatz 2.

13.6.2005 GO

BAG 05–138, in Kraft am 1. 6. 2006